

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.



Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB

Berlin, 12. November 2010

www.garreltduin.de

Ausgabe 11 / 2010 |

Wirtschaftsweise schreiben Merkel blauen Brief

Bundesregierung zieht keine Lehren aus der Krise / Wirtschaftlicher Aufschwung braucht aktive Politik

Die fünf Wirtschaftsweisen schreiben Kanzlerin Merkel einen blauen Brief. Sie verlangen in ihrem Jahresgutachten ein höheres Reformtempo und bescheinigen der Bundesregierung damit indirekt, dass sie zu wenig tut, um den Aufschwung dauerhaft zu sichern. Die Wirtschaft hat sich nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder gefangen. Die Wirtschaftsweisen sehen

deshalb „Chancen für einen stabilen Aufschwung“. Diese Formulierung zeigt aber, dass die Regierung nicht unbedingt zutrauen, die Chancen auch zu nutzen. Tatsächlich zieht die Regierung keine Lehren aus der Krise und vertraut darauf, dass der Markt alles regelt. Dabei ist längst deutlich, dass wir keinen Aufschwung XXL erleben, von dem Wirtschaftsminister Brüder-

le, FDP, spricht. Im Gegenteil:

Die Regierung muss Acht geben, dass der Aufschwung durch Tatenlosigkeit nicht gefährdet wird. Die starke wirtschaftliche Erholung verliert bereits wieder an Kraft. Ein Beleg dafür sind die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes, die im September so stark gesunken sind wie seit anderthalb Jahren nicht mehr. Die

Regierung sieht diesem Trend tatenlos zu – statt sich zu steuerlichen Anreizen für Forschung und Entwicklung durchzuringen. Als zweiten Pfeiler für eine stabile Aufwärtsentwicklung nennen die Wirtschaftsweisen die Belebung der Binnennachfrage. Dieser Pfeiler steht aber nicht auf festem Fundament. Die Regierung baut lediglich auf das Prinzip Hoffnung.

Viel heiße Luft

SPD fragt Regierung nach Straßen- und Schienenbau

Die Menschen im Emdener Ortsteil Friesland leiden unter zunehmendem Verkehr. Verursacher sind vorrangig Sondertransporte aus dem Emdener Hafengebiet. Deshalb fordert die Stadt Emden seit langem, die Bundesstraße 210 zwischen dem Anschluss an die Autobahn 31 und der Landesstraße 2 (Petkumer Straße) zu verlegen. Das ist dringend erforderlich, denn die Zahl der Transporte ist um ein Vielfaches gestiegen. Deshalb tut Abhilfe dringend not. Weil das Bundesverkehrsministerium sich mit dem Planfeststellungsverfahren sehr viel Zeit lässt, fragt die SPD,

wann dieses endlich fertig und mit dem Baubeginn zu rechnen ist. Still ruht der See auch bei der Anbindung der Stadt Aurich an die A 31 über das Gemeindegebiet von Ihlow. Im Zusammenhang damit steht auch die Ortsumgehung Aurich (Bundesstraße 210 neu). Die SPD verlangt klare Aussagen. Über den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven wird viel geredet zwischen Land und Bund, aber wenig gehandelt. Deshalb will die SPD von der Bundesregierung wissen, wie sie es weitergeht.

Bahn bleibt eingleisig

Bundesverkehrsministerium: Leer-Oldenburg unwirtschaftlich

Ostfriesland muss immer wieder auf der Hut sein, den Anschluss an die großen Verkehrsströme zu sichern und möglichst zu verbessern. Ein Ärgernis ist die einspurige Eisenbahnstrecke zwischen Oldenburg und Leer. Bahnpassagiere können ein Lied davon singen, wenn ihr Zug in Augustfehn oder anderswo erst auf einen Gegenzug warten muss, ehe die Reise weitergeht.

Dieser missliche Zustand wird sich so schnell nicht ändern, denn Verkehrsminister Ramsauer, CSU, erklärt den Ausbau der Strecke als „unwirtschaftlich“. Vorsichtshalber erläutert Ram-

sauer nicht, unter welchen Vorgaben die Wirtschaftlichkeit berechnet wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion verlangt deshalb vom Minister, die Karten auf den Tisch zulegen, damit sich die Menschen ein Bild machen können.

Die SPD vermutet, dass zum Beispiel ein Ölpreis zugrunde gelegt wurde, der längst überholt ist. Je teurer das Öl, desto wirtschaftlicher die Strecke. Garrelt Duin: „Wir beantragen jetzt im Verkehrsausschuss eine Anhörung mit Fachleuten, damit wir prüfen können, ob die Berechnungen plausibel sind.“

Patienten sind die Dummen

Kosten für Versicherte steigen erneut / Neben „Zuzahlungen“ jetzt auch „Aufzahlungen“

Die von CDU, CSU und FDP im Bundestag beschlossene Gesundheitsreform wird in ihrer verhängnisvollen Bedeutung für unser Gesundheitssystem völlig unterschätzt und wird langfristig großen Schaden anrichten. Das sagt Professor Karl Lauterbach, Gesundheitsexperte der SPD-Bundestagsfraktion.

So fürchtet er eine „neue Abzocke bei Arzneimitteln“. Das Arzneimittelgesetz wird allgemein als Sparpaket bezeichnet. Das ist falsch. Denn es sparen allenfalls die Krankenkassen, was jedoch unsicher ist.

Auf jeden Fall werden die Versicherten zusätzlich belastet, weil sie mehr als bisher aus eigener Tasche bezahlen müssen. Wichtigste Neuregelung ist die Einführung von „Aufzahlungen“ bei Nachahmerprodukten (Generika), die dreiviertel aller in der Apotheke abgegebenen Packungen ausmachen.

Wenn der Patient künftig ein Generikapräparat erhält, für das seine Krankenkasse keinen Rabattvertrag abgeschlossen hat und das nicht mindestens 30 Prozent billiger als der Festbetragspreis ist, muss der Versicherte die volle Differenz zwischen dem Preis des Rabattmedikaments und dem eigentlichen Preis selbst bezahlen.

Da es sich nicht um eine der bereits geltenden Zuzahlungen handelt, die er weiterhin zahlen muss, sondern um eine neu eingeführte „Aufzahlung“, gibt es hier weder eine Obergrenze noch eine Unterstützung für Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger. Es wird nämlich unterstellt, dass der Patient das teurere Medikament wie eine teure Flasche Wein aus freien Stücken zum Konsum kauft. Nicht bedacht wird, dass er dem Rat seines Arztes folgt, das Rabattmedikament kurzfristig nicht lieferbar ist oder er mit dem teureren Medikament besser zurecht kommt.

Kostet das Rabattmedikament zum Beispiel acht Euro, das vom Patienten wegen einer Arzt- oder Apothekerempfehlung gewählte Medikament aber 16 Euro, zahlt er neben der Zuzahlung von fünf Euro die „Aufzahlung“ von acht Euro, also insgesamt 13 Euro. Für die „Aufzahlungen“ gibt es in der Summe keine Obergrenze.

Da Apotheker und Ärzte Anreize von der Pharmaindustrie erwarten können und so vermutlich mehr teurere Medikamente verschreiben oder empfehlen, kommen auf den Patienten höhere Kosten zu. Die Industrie holt sich den erhöhten Zwangsrabatt beim Patienten direkt wieder zurück. Ärzte und Apotheker, die nur die Rabattmedikamente verschreiben oder empfehlen, sind natürlich auch die Dummen.

Patienten müssen sich auch darauf einstellen, von ihren Ärzten für die Behandlung zur Vorkasse gebeten zu werden. Das überfordert viele Patienten finanziell.

Bürokratie

Regierung dreht Däumchen

Die Bundesregierung kommt mit dem Bürokratieabbau nicht weiter. Das Gleiche gilt für die Europäische Union, wo der frühere bayerische Ministerpräsident Stoiber, CSU, als Bürokratie-Abbauer mit großem Pomp eingesetzt wurde, aber bisher ebenfalls nicht viel vorzeigen kann.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Otto, FDP, bezeichnete im Wirtschaftsausschuss des Bundestages „die Vermeidung neuer Bürokratie“ schon als Erfolg.

Der CDU-Abgeordnete Wegner räumte in gewundener Sprache ein, „die Spürbarkeit der Entlastung ist nicht angekommen bei den Unternehmen und Menschen“.

Dieser Kritik aus den Regierungsfractionen brauchte Garrelt Duin wenig hinzuzufügen. Er nannte die bisherigen Einsparungen einen „Witz“ und forderte die Abgeordneten von Union und FDP auf, „endlich mehr Druck in den Ministerien zu machen“.

Arbeitnehmer und Firmen zahlen die Rechnung

Bundesregierung will bewährte Teile des Konjunkturpakets nicht verlängern / Konjunkturpolitische Fehler

Unternehmen und Arbeitnehmer zahlen schneller als gedacht die Rechnung für einen schweren konjunkturpolitischen Fehler der Bundesregierung: Im Oktober zog die Regierung den Schirm des erfolgreichen Konjunkturpakets ein und lehnte den SPD-Antrag ab, bewährte Teile über das geplante Ende 2010 im nächsten Jahr fortzusetzen.

Jetzt, einen Monat später, wird bekannt, dass die Industriesätze deutlich sinken – mit einem Minus von 1,3 Prozent im September meldet das Verarbeitende Gewerbe den stärksten Rück-

gang seit fast anderthalb Jahren.

Für Garrelt Duin erweist sich klar: „Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, FDP, hat versagt.“ Diese Einschätzung ist nicht übertrieben, denn Brüderle begründet das Ende der Konjunkturprogramme damit, dass man keinen Regenschirm brauche, wenn der Regen vorbei sei. Tatsächlich lässt der Wirtschaftsminister die Industrie im Regen stehen. Denn die Schlechtwetterfront hat sich noch nicht verzogen – was die Wirtschaftsweisen in ihrem jetzt vorgelegten Jahrestgutachten überzeugend dar-

legen. Die SPD hatte im Oktober beantragt, bewährte Teile des Konjunkturprogramms zu verlängern, ohne dafür groß Schulden machen zu müssen. Garrelt Duin: „Dazu gehören einfachere Regeln im Vergaberecht, Investitionen in das Breitbandnetz und erleichterte Bedingungen für die Gewährung von Bürgschaften für Firmen.“ Die Regierung lehnte ab.

Sie handelte außerdem fahrlässig, weil sie die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe mit den

Ländern für die Regionale Wirtschaftsförderung (GRW-Programm) massiv kürzt. Gerade dieses Programm hat herausragende Ergebnisse bei Beschäftigung und Lohnentwicklung gezeigt.“ Die Regierung kürzt außerdem ein Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für energetisches Bauen und Sanieren um mehr als 30 Prozent. KfW-Vorstand Axel Nawrath sagt, dass dieser Teil des Konjunkturpakets allein in diesem Jahr 304.000 Arbeitsplätze gesichert hat. „Ein geniales Instrument, ein Anker fürs Handwerk.“

AutoTec könnte doppelt so viele Leute beschäftigen

„Tag des Mittelstandes“ der SPD-Bundestagsfraktion / Brennende Probleme: Fachkräftemangel und Unternehmensfinanzierung

Robert Köllmann nimmt die 511 Kilometer von Simonswolde zum Reichstag in Berlin gern im Kauf. Dort lädt die SPD-Bundestagsfraktion zum „Tag des Mittelstandes“ ein. Den Gründer und Geschäftsführer der AutoTec GmbH bewegt vor allem ein Thema: Die Weiterbildung von Fachkräften. AutoTec hat sich auf Automatisierungstechnik spezialisiert. Vor allem Autofabriken in aller Welt sind Köllmanns Kunden.



Würde gern mehr Leuten Beschäftigungschancen geben: Robert Köllmann, Gründer und Geschäftsführer der AutoTec GmbH in Simonswolde.

1988 beginnt er als Ein-Mann-Betrieb, heute beschäftigt er 44 Mitarbeiter. Er hat so viel zu tun, dass es „gern auch doppelt so viele“ sein könnten - wenn er genügend speziell ausgebildete Elektromeister, -Techniker und Ingenieure finden könnte. An Hochschulen wird seiner Meinung nach sehr oft „das Falsche unterrichtet“.

Köllmann lobt die Handwerkskammer Ostfriesland („Die kleinste, aber die modernste“), dass sie in die Bresche springt. Sie bietet in viereinhalbmonatigen Kursen eine Fortbildung in Speicherprogrammierbarer Steuerung (SPS) an. Der Kursus endet mit einer staatlichen Prüfung als

SPS-Fachkraft. Die gegenwärtig acht Teilnehmer, ausnahmslos Langzeitarbeitslose mit Vorbildung in elektrotechnischen Berufen. „Sieben von ihnen stelle ich ein“, sagt Köllmann, der auch gute Erfahrungen mit älteren Arbeitnehmern macht.

Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, würdigt beim „Tag des Mittelstandes“ das Engagement

Köllmanns als vorbildlich. Das Problem des bescheidenen Simonswolder Erfolgs-Unternehmers mit dem Mangel an Fachkräften ist ein Schwerpunkt-Thema der Tagung, die von mehr als 200 Gästen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik besucht wird.

Dr. Ulrich Walwei, Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, skizziert die Lage auf dem Arbeitsmarkt: Wir haben von der Zahl her keinen Arbeitskräftemangel - aber in einigen Branchen einen Mangel an besonders qualifizierten Fachkräften. Wie bei Köllmanns AutoTec..

Der Trend ist eindeutig: Der Strukturwandel erfordert höhere Qualifikationen. Erschwert wird das Ganze durch die schrumpfende und alternde Bevölkerung. Nötig sind deshalb: Bessere Bildung, eine Kultur des lebenslangen Lernens, Personalreserven ausschöpfen, ältere Mitarbeiter fördern, Arbeitslose qualifizieren und Deutschland zu einem attraktiven Standort mit hoher Lebensqualität machen.

Teilnehmer der Tagung trugen in angeregten Diskussionen ihre Anliegen vor. Als allgemeines Problem nennen sie die Bildung.

Das föderale System hemmt eine Bildungspolitik aus einem Guss, was zum Beispiel für Familien den Umzug innerhalb der Bundesrepublik erschwert. Dr. Sven Halldorn, Geschäftsführer des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, gibt den praktischen Tipp, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieben auf feste Füße zu stellen.

Vielen Mittelständlern liegt die Kreditvergabe der Banken und Sparkassen schwer im Magen. Das machten sie deutlich beim zweiten Tagungs-Schwerpunkt, der von Unternehmens-

Finanzierung handelte. Garrelt Duin, der diese Diskussion leitete, mahnt eine bessere Regulierung der Finanzmärkte an: „Wir dürfen nie wieder in Geiselhaft des Finanzsektors gelangen.“

Bisher sieht es nicht so aus, als ob die Regierung aus der Krise diese Lehre zieht. Kreditvergabe-regeln, Eigenkapitalausstattung der Banken, Absicherung von Kreditrisiken, Staatsbürgschaften und Kreditmediatoren sind Stichworte dieses Komplexes.



Großes Interesse: Mehr als 200 Gäste waren der Einladung der SPD-Fraktion in den Reichstag gefolgt. Die Veranstaltung tagte im Fraktions-sitzungssaal der SPD, unmittelbar unter der Kuppel des Reichstages.

Mittelständler klagen zurzeit über eine sehr strenge Kreditvergabe der Banken. Dafür gibt es den objektiven Grund relativ neuer Eigenkapitalvorschriften für Banken (Basel II, bald verschärft durch Basel III), aber Banken seien zurückhaltender als nötig, sagen Mittelständler. Katrin Rohmann, Partnerin einer Finanzservicefirma, macht sich keine Illusionen: „Der Aufschwung kommt, jetzt beginnt die Gefahr für die mittelständischen Betriebe.“



Gespräche zum Thema Mittelstand und Unternehmensfinanzierung: Dr. Axel Nawrath, Vorstandsmitglied der Mittelstandsbank KfW, Nicolette Kressl, Sprecherin der AG Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion, sowie Garrelt Duin als Moderator der Runde.

„Tod auf Raten“ für das Programm Soziale Stadt

Sparbeschlüsse von Schwarz-Gelb gefährden den sozialen Frieden in unseren Städten und Gemeinden

in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses haben Union und FDP am Donnerstagabend das faktische Aus für das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt beschlossen. Zwar haben die Koalitionsfraktionen die Kürzung der Städtebauförderung aufgrund des großen öffentlichen Drucks der Länder, Kommunen und Projektbeteiligten zum Teil zurückgenommen – statt um 305 Millionen Euro wird um 155 Millionen Euro gekürzt.

Für die Programme der Städtebauförderung insgesamt stehen damit 2011 nur noch 455 Millionen Euro zur Verfügung (-15%). Die neue Aufteilung der Programmmittel auf die Förderprogramme findet ihr in der Anlage. Die Kürzung trifft massiv das Programm Soziale Stadt. Es wird

um 70% gekürzt. Das Förderprogramm 2011 umfasst nur noch 28,5 Millionen Euro – gegenüber 95 Millionen Euro 2010. Union und FDP haben zudem beschlossen, das Programm „weit überwiegend für investive Maßnahmen ein(zu)setzen“.

Soziale Stadt aber lebt vom Zusammenwirken baulich-investiver Maßnahmen in Wohnungen, Wohnumfeld und Infrastruktur und sozialintegrativen Maßnahmen wie Nachbarschaftstreffs, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche.

Wie sich die Kürzungen und die Beschränkung auf investive Maßnahmen konkret auswirken, werden wir erst wissen, wenn nach der Verabschiedung des Haus-

haltes die Verwaltungsvereinbarung 2011 zur Städtebauförderung zwischen Bund und Ländern abgeschlossen ist. Klar ist aber, dass die Mehrzahl der zurzeit 570 Soziale Stadt-Projekte in über 350 großen und kleineren Kommunen nicht mit weiteren Förderzusagen rechnen kann und neue Projekte keine Chancen haben. Deshalb ist es weiterhin wichtig, in den Wahlkreisen auf die Folgen dieser kurzsichtigen Rotstiftpolitik hinzuweisen, die nicht nur die positiven Entwicklungen in sozialen Brennpunkten gefährdet, sondern den sozialen Frieden in den Städten insgesamt bedroht.

Die SPD fordert, die Bundesmittel für die Städtebauförderung im Interesse einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung der

Städte und Gemeinden auf dem bisherigen Niveau fortzuschreiben. Wir wollen die bisherige Struktur und finanzielle Ausstattung der Förderprogramme mit ihren Schwerpunktsetzungen auf das Programm Soziale Stadt, Stadtbau und Innenentwicklung, sowie die anderen auf spezifische Aufgaben ausgerichteten Programme wie Denkmalschutz und Kleinere Städte und Gemeinden beibehalten - auch um Kommunen und Projektbeteiligten Planungssicherheit zu geben.

Die Programme dürfen nur auf Grundlage der programmbegleitenden Evaluation im Dialog mit Ländern, Kommunen und den an der Programmumsetzung Beteiligten fortentwickelt werden.

AWO diskutiert Kinderarmut



Kinderarmut auch in Ostfriesland Thema: Kinderarmut ist nicht nur ein Thema für Großstädte. Auch in ländlichen Regionen gibt es Kinder, die in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen. Materielle Armut führt zu Bildungsarmut und zu geringeren Lebenschancen. Grund genug für die AWO, dieses Thema aufzugreifen und hochkarätig zu diskutieren. Der Einladung von Dr. Harald Groth, Vorsitzender des AWO-Bezirksverbandes Weser-Ems und AWO-Verbandsreferentin Hanna Naber (1. und 2. v. links) gefolgt war neben Garrelt Duin (rechts) Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes. Garrelt Duin: „Die Vorschläge der Bundesregierung – von der Chipkarte bis zur Herdprämie – bekämpfen Kinderarmut nicht wirksam. Wir müssen das Thema ohne ideologische Scheuklappen angehen.“

Spruch der Woche

„Die Gesundheitsreform von schwarz-gelb macht krank“

Garrelt Duin über Twitter zu den in dieser Woche verabschiedeten schwarz-gelben Gesundheitsgesetzen

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de